, 26. April 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 150 M.

Berliner Tageblatt

96

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die französische Einschüchterungstaktik.

lei unmögliche „Bedingungen".

nach einem Provisorium. — „Eine Mauer von Argwohn."

gramme unserer Korrespondenten.)

△ **London,** 26. April.

y Telegraph" schreibt, daß man hier ein neues Angebot gegen Ende der Woche erwartet. h werde dieses Angebot gleichzeitig an alle Unter- es Versailler Vertrages gerichtet sein. rchaus richtiges Verfahren sei. Es treffe aß Poincaré nur ein ausschließlich an Frankreich gerichtetes Angebot berücksichtigen werde. Er habe ärt, kein durch eine der drei „Parteien" übermitteltes nehmen (?). Dagegen sei er bereit, ein an alle n gemeinsam gerichtetes Angebot anzunehmen. Telegraph" spricht sodann von einer „Komödie ngen", die die Rede Lord Curzons in Deutsch- gerufen habe (?!). Andererseits aber bestehe in glischen Kreisen die Neigung, die Bedeutung die sowohl in Deutschland, wie auch im Aus- rmsten Beifall gefunden habe, herabzu- en Boden, den ein eventuelles deutsches Angebot finden würde, beschreiben die „Times" in einem Bericht r Vertreters. Wenn Dr. Cuno Schritte tue, so müsse er klar sein, daß er eine Mauer von Argwohn n habe. Nach den Informationen des Korrespondenten Angebot, das nicht mehr als 20 oder rden Goldmark vorschlage, Gefahr, von zosen ohne Diskussion zurückgewiesen zu Man habe in Paris die Empfindung, daß es den Deut- er Annäherung nicht ernst sei, sondern daß sie nur die einung der Welt für sich gewinnen wollten. Frankreich Scharmützel, sondern eine Kapitulation. (!) Die i neben der Reparation der Gesinnungswechsel Deutsch- nach seiner Bereitschaftserklärung, mit Frankreich zu- beiten, den aktiven und passiven Widerstand aufgeben Feststellung dieser unmöglichen Verhandlungs- gen fährt der Berichterstatter fort, daß **Frankreich seine gen an Deutschland niemals ohne Verminderung nen Schulden bei England und Amerika herabsetzen de.** Aus diesen Gründen dürfte heute vielleicht nur eine ge Regelung nötig sein. Daher die wachsende Ge- it der der Gedanke eines 5jährigen Interreg- hrend dessen nur verhältnismäßig kleine Anleihen ver- en, in den öffentlichen Kreisen Frankreichs aufgenommen

e Regelung der finanziellen Fragen Europas hatte sich nt der Barclaybank, einer der größten Londoner Banken, ankierkonferenz in New-York geäußert. Die Vorbedin- die Wiederherstellung der europäischen Budgets ist nach Goodenough die Regelung der Repara- ge. Die Schwierigkeiten, die England und Frankreich arationsfrage im Wege stünden, seien nicht unüber- . Wenn aber einmal das Reparationsproblem gelöst sein könnte Deutschland seine wirtschaftliche Lage in Ordnung Sicherungen für künftige Anleihen schaffen. Wenn nur d Amerika zusammenarbeiten wollten, um das Geld für die ersten Zahlungen aufzubringen, dann werde eine Vereinbarung für die Dauer des Moratoriums verhältnismäßig einfach sein.

Rom, 26. April.

In einem Leitartikel des „Giornale d'Italia" führt Franco Caburi aus, vermutlich habe die entscheidende Phase des französisch-deutschen Konfliktes begonnen. Trotzdem dürfe man sich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben, denn das in Aussicht stehende deutsche Angebot dürfte allzu gering erscheinen. Ferner wolle Deutschland sofortige Räumung der Ruhr, während Frankreich nur zonenweise Räumung zugestehe. Eine Lösung wäre möglich, falls, wie angeblich verlaute, eine neutrale Macht die künftigen Zahlungen Deutschlands garantierte. Aber welche Macht wolle diese unbequeme Garantie übernehmen? England habe seine jetzige Stellung eingenommen, weil es den Eindruck gewonnen habe, daß Frankreich tatsächlich Annexionsabsichten verfolge, was England niemals dulden könnte.

Der halsstarrige Poincaré.

Deutschlands neues Angebot soll wieder sabotiert werden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 26. April.

Die Auffassung der französischen Regierung über die Lage wird von dem diplomatischen Vertreter der „Daily Mail" in Paris wiedergegeben. Bei der bekannten politischen Haltung dieser Zeitung, die mehr für Frankreichs Interessen arbeitet als für die Interessen Englands, braucht nicht erst betont zu werden, daß diese Informationen tendenziös sind und den Wünschen der französischen Regierung mehr entsprechen als vielleicht der eigenen Ueberzeugung des Korrespondenten. Nach der „Daily Mail" ist jetzt „allen europäischen Beobachtern klar, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet ein Fehlschlag gewesen sei" (!). Man möge dem diplomatischen Mitarbeiter glauben, daß „die deutschen Industriellen und Bankiers" niemals auf einen Erfolg gerechnet hätten. Die Hoffnung dieser eigentlichen Machthaber in Deutschland sei, die Intervention der internationalen Finanz herbeiführen zu können, welche auch bei dem Sturm auf den französischen Franc geholfen hätten". In diesem Sinne würde auch das neue deutsche Angebot gemacht sein. Die französische Regierung werde jede Diskussion über einen Vorschlag dieser Art (?) ablehnen. Poincaré werde in dem heutigen Ministerrat noch einmal die Absichten der französischen Politik entwickeln. Er werde erklären, daß **kein deutsches Angebot in Betracht gezogen werden könne, das nicht direkt an Frankreich gerichtet sei oder das die Räumung des Ruhrgebiets als Voraussetzung für Verhandlungen verlange.** Deutschland müßte einen „ehrlichen Vorschlag machen, so viel Geld zu zahlen, als es irgend kann". Deutschland müßte außerdem die etappenmäßige Räumung des Ruhrgebiets im Verhältnis zur deutschen Leistung als einen unabänderlichen Beschluß anerkennen! Dies alles will der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail" erfahren haben. Es sind dies die Forderungen der Politik Poincarés, wie sie aus Dutzenden von Reden und Zeitungsartikeln schon bekannt sind. Aber seitdem diese Formel zum ersten Male ausgesprochen wurde, sind die Erfolge der Ruhraktion nicht größer geworden, und die Erwartungen Frankreichs werden immer geringer.

Schweizer Stimmungen.

Hoffnungen und Enttäuschungen.

Von [Nachdruck verboten.]

Heinrich Pestalozzi.

Zürich, im April.

Stimmungsäußerungen und Kundgebungen, wie sie in der Schweiz während des Krieges und in letzter Zeit bisweilen laut wurden, entspringen hier selten der blinden Sympathie oder Antipathie nach irgendeiner Richtung. Man hat sich, wenigstens im deutschsprechenden Teil unseres Landes, stets bemüht, unparteiisch zu sein und gerecht zu urteilen. Der Schweizer kennt die Geschichte und hat daraus gelernt. Im Laufe des Krieges hörte man oft den Ausspruch: „Am besten für Europa wäre, wenn niemand endgültig siegen würde." Die heutige Entwicklung der Dinge scheint die Richtigkeit jenes Ausspruchs zu bestätigen. Der Schweizer stellt das Ideal der Freiheit über alles. Eroberungspolitik, wie sie von den Herrschern früherer Monarchien getrieben wurde, war ihm stets verhaßt, und er hatte sich auch oft dagegen zu wehren. Jedem seine Entwicklungsmöglichkeit lassen, die Eigenart eines jeden anerkennen, die Freiheit eines jeden achten, das sind Leitsätze schweizerischen Empfindens und Denkens.

Als Demokratie neigte man hier denn auch zum Glauben, daß Dynastien stets eher eine Gefahr für den Frieden bilden als demokratische Regierungssysteme. Man atmete hier auf, als Deutschland sich zur Demokratie umgestaltete. Man erwartete, daß die anderen Demokratien der neugeborenen Schwester beim Friedensschluß einiges Verständnis entgegenbringen, daß Volksvertreter, d. h. Männer aus dem Volk eher den Weg zu einem wirklichen Frieden finden würden. Dazu kamen jene so hoffnungsvoll tönenden vierzehn Punkte Wilsons und die Verkündigung des Völkerbundsgedankens, die den Anbruch einer besseren Zeit erhoffen ließen. Man konnte sich nur denken, der Krieg sei ad absurdum geführt worden, und die menschliche Vernunft werde künftig dafür sorgen, daß Kriegsgefahr mehr und mehr ausgeschaltet werde. Die Zeit schien für solche Gedanken reif zu sein und solche Hoffnungen hegte und nährte man auch in der Schweiz.

Dann kam die große Enttäuschung. Der unglückselige Prophet von Amerika wurde zur Schwäche verurteilt. Die Säbelrassler im anderen Lager fingen an die Dynastie zu ersetzen. Die Kompromißgeburt des Versailler Vertrages entstand, und jener Mißgeburt verdanken wir die heutige Lage, mit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet und in Baden als Krone der Entwicklung.

Schon der Versailler Vertrag verursachte hier Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit. Man hatte gehofft, daß durch Wilsons Vermittlung, durch den Einfluß einer so groß denkenden Persönlichkeit, die feindlichen Brüder, Frankreich und Deutschland, sich nach der furchtbaren Katastrophe des Krieges doch endlich finden würden, daß die Völker, die Demokratien, die Republiken Frieden schließen würden. Man ist nämlich in der Schweiz davon überzeugt, daß diese beiden Völker, deren Kultur wir lieben und schätzen, berufen sind, einander zu verstehen und zu ergänzen. Aber Wilson unterlag, und der große Augenblick in der Weltgeschichte, der eine neue Zeit hätte bringen können, wurde verpaßt, weil der Teufel Militarismus, den man an einem Ort zur Tür hinausgeworfen hatte, an einem anderen Ort durch eine Seitentür wieder hereinkam. Die führenden Männer Frankreichs waren nicht reif für etwas Neues, Großes und trieben wieder die alte, durch den Krieg kompromittierte Machtpolitik. Die verrenktesten Glieder jener Kompromißgeburt von Versailles kennt man ja: die Geldverschwendung am Rhein, deren verhängnisvolle Folgen heute jeder Blinde sieht, der nicht in Frankreich wohnt, die Reparationsforderungen, die ganz unsinnige Zahlen aufweisen, Zahlen, die Europa zum Verhängnis werden, weil ihre Grenzen nicht festgesetzt sind und weil sie mit Sanktionsklauseln verknüpft sind, die ein Volk im Frieden der Willkür rasender Politiker ausliefert. Daß Reparationsforderungen recht und billig sind, davon ist man hier ebenso überzeugt, wie von der Undurchführbarkeit des Versailler Vertrages.

Daß die französische Regierung an jenem Unglücksvertrag so zäh festhält und die Panzerwagenpolitik einer sachlichen Regelung vorzieht, erregt hier größten Unwillen. Die ganze Welt verlangt nach einer objektiven und gerechten Lösung des Reparationsproblems, nach einer von vorurteilsfreien Schiedsrichtern festzusetzenden Reparationssumme, die Deutschland bezahlen kann, ohne daß das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas dadurch ständig gestört wird. Die französische Regierung aber setzt sich über das Verlangen der ganzen Welt hinweg, treibt im Ruhrgebiet eine Politik, die jedem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, kümmert sich nicht darum, ob die eigenen Verbündeten, geschweige denn die Neutralen, darunter leiden, und lädt so den Haß und den Zorn der ganzen zivilisierten Welt auf sich.

Wie wenig sich die französische Regierung darum bekümmert, was andere Völker denken, kann man — in der Schweiz — neuerdings feststellen nach der Art, wie das Zonenproblem von ihr behandelt wird. Bekanntlich ist das Zonenabkommen vom 7. August 1921 durch das Referendumsvotum des Schweizer Volkes abgelehnt worden. Nun verlangte kürzlich die französische Regierung vom schweizerischen Bundesrate dessen Anerkennung — entgegen jenem Volksvotum. Darauf folgte eine Stimme der Entrüstung, auch in der französischen Schweiz. Die Urteile, die man hier über die französische Regierung hört, lauten so hart wie nur denkbar. Regierungsmänner, die nichts vom modernen Geiste in sich tragen, nimmt man hier überhaupt nicht ganz ernst. „Ist wohl Poincaré in Hinterasien geboren?" sagte jemand lachend, als die französische Note bekannt wurde.

estbewegung französischer Beamter im Ruhrgebiet.

legramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 26. April.

anzösischen Eisenbahnbeamten im Ruhr- ind unzufrieden. Der Sonderberichterstatter des rnal" ist, wie er erzählt, von Bahnhof zu Bahnhof ge- mit Beamten und Arbeitern jeder Art zu sprechen, und l die gleichen Klagen gehört. Die Leute, die zwanzig n Dienst haben, haben keinen Aufenthaltsort, wo sie gen können. Sie verlangen, daß ihre Familien nach dem ebiet kommen, und daß die Besatzungsbehörden für die erkunft sorgen sollen. Falls es unmöglich ist, diese Wünsche , weil die Bevölkerung den fremden Gästen den Aufenthalt h machen würde, solle materielle Entschädi- ahlt werden. Die jetzigen Einkünfte reichten nicht bei der steigenden Teuerung in Deutschland und zugleich den Unterhalt der Familien in Frank- bezahlen. Diese Forderungen sind nach der Mitteilung pondenten dem Minister Le Trocqueur bei seinem uch „mit brutaler Offenheit" auseinandergesetzt Wenn sie nicht erfüllt werden, ist, für den 5. Mai ein rückmarsch der für die Ruhraktion gewor- Eisenbahner zu erwarten, die nach den Er- der Regierung als „Freiwillige" zu betrachten sind lb auch nicht zurückgehalten werden können. Es besteht die Absicht, die Leute, die ihren Dienst verlassen wollen, lnische und österreichische Beamte zu ersetzen. äre verhängnisvoll, ein ganz neues Personal unter den erhältnissen für den Dienst auszubilden. Der Korre- schreibt: „Es ist überflüssig, die Gefahr zu schil- ie unserer Operation droht, wenn die be- Wünsche der Eisenbahnbeamten nicht erfüllt werden." Er r, in dem altbesetzten Gebiet (Düsseldorf-Ruhrort und Duis- Familienwohnungen zu sorgen und in der neubesetzten Zone friedenen Beamten materielle Entschädigungen zu zahlen. gaben, die in anderen Zeitungen verschwiegen werden, sind inzung zu den optimistischen Erzählungen des Ministers neur. Es wird versucht, mit allen Mitteln die Stimmung aber es läßt sich nicht vollkommen verbergen, daß die Bevölkerung des kostspieligen Abenteuers müde ist und eine schnelle Entscheidung herbeisehnt. Es ist anzunehmen, daß sich bereits bei einigen französischen Ministern die Ueberzeugung durchgerungen hat, sie könnten weder mit Gewalt, noch mit irgendwelchen anderen Bemühungen aus dem Ruhrgebiet etwas herausholen, und es werde auch nicht möglich sein, eine fremde Beamten- und Soldatenbevölkerung in Westfalen anzusiedeln, weder für 20 Jahre noch für 5 Jahre. Le Trocqueur, der so gern große Worte macht, wäre vielleicht nicht abgeneigt, sich im geheimen mit den deutschen Großindustriellen über Verständigungsmöglichkeiten zu unterhalten. Aber die politische Methode des Ministerpräsidenten Poincaré ist solchen stillen Plänen nicht günstig, obgleich er, wie fast täglich in irgend einer Zeitung zu lesen ist, mit großem Eifer einen Vorwand sucht, um aus der unheimlichen Kohlengrube im Ruhrgebiet herauszukommen. Die Siegesberichte werden kleinlauter. Es kommt alles darauf hinaus, daß Deutschland bald einsehen müsse, es komme so nicht weiter. Auch heute wird wieder viel von dieser Erwartung geredet. Pertinax schließt im „Echo de Paris" aus dem Verhalten der deutschen Großindustriellen, daß sie das Ende voraussehen, und deshalb danach trachten, ihren eigenen Devisenbesitz noch schnell zu vermehren oder in Sicherheit zu bringen. Reichsbankpräsident Havenstein habe vor kurzem den Egoismus und die Raubgier dieser Herren in scharfen Worten gerügt, und die Regierung wäre eigentlich gezwungen gewesen, strenge Maßnahmen gegen die geschäftliche Spekulation der Stinnes und Genossen anzuwenden. „Aber gegen die Großindustriellen ist jede deutsche Regierung machtlos." Dieses alte Lied ist uns bekannt; es wird immer wieder angestimmt werden, wenn die anderen Programmnummern der französischen Ruhrpropaganda versagt haben.

Die neue Devisenverordnung.

Beratungen mit den Bankvertretern.

Heute vormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Konferenz von Vertretern der Regierung mit denen des Zentralverbandes der Banken und des Bankgewerbes über das neue Devisennotgesetz statt. Das Gesetz, das nur der Zustimmung des Reichsrats bedarf, wird eine grundlegende Aenderung der Devisenverordnung vom 12. Oktober 1922 mit sich bringen. Das neue Gesetz wird voraussichtlich Anfang nächster Woche veröffentlicht werden.